

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser“ erscheint wöchentlich einmal im Jahre am Sonntag. Preis 10 Pfennig. In den Postämtern sind die Ausgaben zu beziehen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pfennig. Der Preis für den Einzelnen beträgt 5 Pfennig. Der Preis für den Einzelnen beträgt 5 Pfennig.

Wassergewinn: Für die gewöhnlichen Abnehmer 10 Pfennig. Für die gewöhnlichen Abnehmer 10 Pfennig. Für die gewöhnlichen Abnehmer 10 Pfennig.

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörungen entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Or. Brauhausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Or. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 45

Halle, 10. November 1928

4. Jahrgang

Krisen und Lösungen

Zur gleichen Stunde, da das amerikanische Volk zur Wahl geht, um den neuen Präsidenten und seine Kabinetsmitglieder zu wählen, trug Ramsay MacDonald den Generalangriff gegen die konservativere Regierung Groß-Britanniens vor. Zur selben Stunde aber erschloß sich auch Poincaré, mit seinem gesamten Kabinett zurückzutreten. Die Ereignisse überließen sich. Sie haben an sich keinen inneren Zusammenhang, soweit es sich um die Ursachen dieser Krisen handelt, aber in ihren Wirkungen werden sie doch eine gewisse Verknüpfung zeigen. Scher, heute schon vorauszufragen, wie sie die Entwicklung beeinflussen werden. Nur die amerikanischen Wähler können als abgeschlossen betrachtet werden und lassen auch gewisse Rückschlüsse auf die weitere Stellungnahme zu. Was sich in London abspielt, ist als Vorläufer der kommenden großen Auseinandersetzung zu betrachten, die erst in einem Wahlkampf die Entscheidung bringen wird. In Frankreich sind die Dinge im Augenblick unübersichtlich. Mehrere Möglichkeiten bestehen nebeneinander und es ist beinahe nur eine Personengruppe, welche Lösung zuletzt versucht werden wird. Aber auch wir haben Ereignisse von größter Tragweite zu verzeichnen. In erster Linie den Kampf an der Ruhr, der mit schweren Erschütterungen für die deutsche Wirtschaft verbunden ist und sehr lebhafte politische Auswirkungen haben kann, wenn es nicht gelingt, durch geschickte Vermittlung das erditterte Ringen abzulösen. Überall treten in den nächsten Tagen die Parlamente zusammen, soweit das nicht bereits geschehen ist. Die Hochkonjunktur der Politik beginnt wieder. Ueber die Bedeutung dieses Winters ist man sich nigend im Zweifel. Er kann nach innen wie nach außen grundlegende Veränderungen bringen.

Die englische Thronrede

Schon Goethe preist das Schicksal des neuen Kontinents, der nicht mit den Leberleisungen Europas belastet ist. Es hat keine Schöpfer und keine Wälder. Kraftiges Leben herrscht dort. Weltanschauungen haben kaum eine Rolle gespielt. Es ist ein stolzes Wort, das man gelegentlich von Amerikanern hören, bei ihnen gebe es Parteien nur während der Wahlen. Und nun haben zum erstenmal Weltanschauungen im Vordergrund gestanden. Die Kandidatur Smiths gab dazu Anlaß. Das erstmal bewarb sich ein Kandidat um die höchste Würde des Landes. Sofort erkannte das, was wir bei uns einen Kulturkampf nennen. Selten ist darüber so leidenschaftlich gekümmert worden wie diesmal, und man wird es nicht als einen Vorzug bezeichnen, daß Schlamme aufgewühlt wurde. Verheerende Verdächtigungen und Beschimpfungen wurden zu Waffen. Für die Zukunft verhängt das nichts Neues. Vom deutschen Standpunkt aus ist verhältnismäßig gleichgültig, wer als Sieger hervorgeht. In der Auffassung über Europa besteht zwischen Republikanern und Demokraten kein so handgreifliches Unverständnis. Er ist mehr eine Sache des Selbstvertrauens als der Ideologie. Innerpolitisch wird man die Wahl Hoovers als einen Sieg der Unfreiheit bezeichnen. Das Selbstvertrauen in seiner unbestrittenen Form mußten. Die Staatsverhältnisse werden sich weiter mit jenen Ungleichheiten füllen, die heimlich den vorerwähnten Gemütszustand und dabei zumeist zu gesundheitsschädlichen Ergebnissen führen. Auch religiös betrachtet, ist es nicht gerade ein Ruhmesblatt, daß ein anerkannter Mann lediglich seines Glaubens wegen eine schwere Niederlage erlitt. Doch das sind Dinge, die die Amerikaner mit sich selbst abzumachen haben. Für die alte Welt ist nur wichtig, daß Hoover in seinem Programm Hochfinanz und umfassende Marinevergrößerung angeht. Beides verhängnisvoll, auch wenn im Hintergrunde der Gedanke geschlummert hat, die stürzenden Wälder der alten Welt durch Druck zu zwingen. Abklärung auf diesem Wege zu erreichen, ist durchaus denkbar, weil selbst den Westmächten die finanzielle Kraft fehlt, Schritt zu halten. Über der Hochfinanz wird die Gelegenheit verschlafen. Er ist nur dann ein Segen, wenn er die Vereinigten Staaten von Europa weitgehend auf wirtschaftlich Gebiet erzwingen sollte. Das sind aber noch Zukunftsvorstellungen, während im Augenblick vor der Aufgabe stehen, daß sich im Gegensatz zu den Beschläüssen der Weltwirtschaftskonferenz, der Kampf um die Märkte verlagert.

Herbert Hoover

Das Kabinett Baldwin hat es sich leicht gemacht. Nur wenige Worte sprach der König bei Eröffnung der parlamentarischen Session. Die großen Probleme der Innen- und Außenpolitik wurden flüchtig gestreift. Nigend ein Eingehen, nigend ein Leberleisung, nichts nachfolgende Verlaubbildung geschäfften. Schärfe Angrieff richtete er gegen das Foreign Office, wobei er geschickt Neuenjungen Lord Curzon, des Vertreters Chamberlains und des fran-

zösischen Außenministers Briand gegeneinander ausspielte. Weit über die eigenen Reihen hinaus findet er Beifall, wenn er in dem Machtwort die Wiederbelebung überholter Methoden würdiger Geheimpolitik sieht. Auch Lord Grey hat sich vor kürzigen Tagen ganz ähnlich geäußert. Man fürchtet an der Fremde die verschleierten Beziehungen zu Washington, aber auch neue Streitigkeiten auf dem benachbarten Kontinent. Lord Salisbury erklärte zwar namens der Regierung im Oberhaus, daß die Martineabmachungen erledigt seien, aber die Frage, die auch Grey anwarf, ob damit alles in der Verleitung verschwunden sei, was im Hochsommer dieses Jahres zwischen Paris und London verabredet wäre, bleibt unbeantwortet und doch ist das von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Einmal die Frage der Reserven zu Lande, jene französische Debe, die Paul Boncour in Genf hartnäckig verteidigt und die der Vorkriegs-überbleibsel Haarnadel vorgebracht hat und jene politische Absprache, die den Franzosen die Hegemonie einräumt, weil sie ihnen freie Hand in der Reparation, der Räumung und den Beziehungen zu anderen Staaten gewährt. Einen Vorgesand haben die Italiener bekommen, die bei ihren Verhandlungen mit der lateinischen Schweiz ungehörig Zugeständnisse machen mußten, weil Groß-Britannien, das diese Ansprüche früher unermüdet hatte, jetzt auf die andere Seite hinübergefallen ist. Erst der Wahlkampf in England wird Klarheit herbeiführen. Ob er die konservativere Partei aus der Herrschaft herausdrängt, mag noch zweifelhaft erscheinen, aber nach dem Ergebnis der Gemeindevahlen ist sicher, daß die Arbeiterpartei einen gewaltigen Aufschwung erfährt. Und das genügt, da die Briten politisch gefühlt immer bereit sind, aus solchen Ereignissen Folgerungen zu ziehen.

Poincarés Rücktritt

Der Parteitag der Radikalfaschisten in Angers bot kein erbebenes Bild. Der Eindruck der Zerfahrenheit ließ sich nicht vermissen. Rechter und linker Flügel strebten weit auseinander. Es war ein Ringen zwischen Gerriot und Gaillaud, bei dem in Wahrheit keiner geblieben ist. Gerriot nicht, denn er mußte in logischer, nicht in wortreicher Ausführung der Beschüsse seine und seiner drei Ministerkollegen Demission einreichen, Gaillaud nicht, denn seine Zeit ist bestimmt noch nicht gekommen. Ganz gleich, wer das nächste Kabinett bildet, für ihn ist es kein Vorteil. Geht es bei Poincaré den Stolz aufgeflogen. Er überreichte dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch der gesamten Regierung. Er ging, ehe er führte. Seine Lage war schlecht. Die Artikel 70 und 71 des neuen Staats mit der Rückgabe der Strohgenossenschaft und der Wiederherstellung von Erbschaftsteuer erfüllten den Wunsch des Kabinetts. Ein Minister der Rechten wartete er den Ausgang nicht erst ab, sondern kam seinen Gegnern zuvor. Er ging unbeliebt. Darauf hat er zweifellos den entscheidenden Wert gelegt. Was jetzt geschehen wird, ist der Entscheidung fällt den Advokaten aus Paris. Er kann weiterhin für die geheime Verfassungskonferenz. Er kann mangelhafte Mischung einbringen, er kann das Rinder nach rechts wie nach links herumwerfen, ohne Gefahr zu laufen. Ob er dazu Neigung verspürt, bleibt abzuwarten. Es hängt ausschließlich von seinen Wünschen ab. Bieleicht will er nicht mehr. Es ist denkbar, daß er lieber von neuem darauf wartet, förmlich gerufen zu werden, um als Triumphtor zurückzutreten. Dann würde wohl das neue Kabinett in der Richtung Briand-Lordieu zu suchen sein. Außenpolitisch nicht ganz unmöglich. Namentlich für die Reparationsfrage. Vorkäufig aber ist es zweifellos, auch nur Vermutungen auszusprechen.

Die Reparationen

In den letzten Tagen ist angestrebt verhandelt worden. Gewisse Ergebnisse wurden dabei festgehalten. Auch Poincaré ließ sich davon überzeugen, daß man wohl mit Mühseligkeit auf die Vereinigten Staaten, die sich an keiner offiziellen Verhandlung Europas beteiligen, unabhängige Sachverständige hat Examens bestimmen müssen. Das war immerhin ein Fortschritt. Wo die Konferenz tagt, spielt eine untergeordnete Rolle. Umstritten aber sind ihre Befugnisse. Darüber wird vermutlich noch ein harter Kampf zu bestehen sein. Wir finden uns einer ziemlich geschlossenen Gegnerschaft gegenüber und sollen die Gefahren nicht verkennen, die uns drohen. Soweit sich bisher ein Urteil ermöglichen läßt, wollen die Hauptgefahren lediglich Jahreszahlungen festsetzen, die unter den zeitigen liegen. Aber weder die Entsummen nennen, noch die Zahl dieser Jahre begrenzen. Das wäre eine Reifung des Danespians, um die sich die Wähe lohnt. Auch die Derabsetzung selbst ist geringfügig. Statt 2,5 Milliarden wollen die Franzosen 2,2, die Eng-

länder 1,8, das ist keine Erleichterung für Deutschland oder die Weltwirtschaft. Sollte es nicht zu anderen Beschläüssen kommen, dann wird man auf unserer Seite am besten erklären, daß wir lieber eine günstige Zeit abwarten, auf keinen Fall aber über uns in der Transferfrage verlegen, um derartig zusammengegrumpfte Zugeständnisse zu bekommen.

Die Ruhr

Die Lohnstreikaktionen in der Schwerindustrie haben zum offenen Ausbruch des Kampfes geführt. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters durch den Reichsarbeitsminister wurde von den Arbeitgebern mit der Durchführung der Aussetzung beantwortet. Ueber die Nachfragen müssen sich die Instanzen der Arbeitsgerichte schlüssig werden. Ihre Entscheidungen sind abzuwarten. Da die Arbeitnehmer Schadenersatz verlangen, ist ja eine Klärung unermittelbar. Ueber die Höhe selbst läßt sich von außen kaum ein Urteil fällen. Nichtig ist, daß die Entwicklung gerade in der Schwerindustrie etwas zurückgefallen ist, richtig auch, daß die Konjunktur dort ein leichtes Abflauen zeigt. Dinge es nur um diese Fragen, so würde eine Vermittlung vermutlich erfolgreich sein. Aber im Hintergrunde liegt ja der Machtwillen der Hüttenwerke, die immer ihre Rechte rücksichtslos auszudehnen versucht haben. Auch auf Kosten der Staatsgewalt. Ihre Denkschrift an das Arbeitsministerium beweist das wieder. Verbindlichkeitsklärungen sollen nur zulässig sein, wenn es sich um lebenswichtige Betriebe handelt. Wir sind der Auffassung, daß Stahl und Eisen dazu gehören. Ohne sie kann die Eisenbahn, die Post nicht weiter arbeiten. Die Bauartigkeit kommt zum Erliegen. Die Kohlengruben müssen eine Einschränkung der Erzeugung vornehmen. Wenn man von Lebensmitteln, Gas, Wasser und Elektrizität abliest, trifft auf keinen Punkt der Begriff lebenswichtig so scharf zu wie auf diesen. Die Sympathien der Nation setzen zweifellos auf Seiten der Ausgepörrten. Wo man das Problem etwas anders sieht und von der eigenen Konjunktur aus eine Erspürung des Wettbewerbens auf internationalen Märkten von einer Erhöhung der Röhne befreit, überlegt man eines: daß sich der Staat keine Minderung seiner Macht bieten lassen kann, ohne das Ganze zu gefährden. Das ist die Kernfrage.

Reichstagsbeginn

Unter ungünstigen Sternen tritt am Montag der Reichstag zusammen. Die Ereignisse an der Ruhr, der Kampf um den Panzerkreuzer U, das Debit von 600 Millionen im Etat und vieles andere lassen erste Kräfte befeuchten. Sie können uns besonders unlegen, da es jetzt zunächst gilt, die Regierung zu stabilisieren und aus dem Reservorium etwas Entgültiges zu machen. Wir müssen feste Grundlagen für die Weiterarbeit gewinnen. Alles andere tritt dahinter zurück. Am 10. Jahrestage der Republik wird in erster Linie dafür gekämpft werden, daß ihre unversöhnlichen Feinde nicht neue Hoffnungen schöpfen.

Richard May.

Erhöhung der Umsatzsteuer?

Wie in politischen Kreisen verlautet, wird neuerdings im Reichsfinanzministerium erwogen, zum Ausgleich des kommenden Reichshaushaltes eine Erhöhung der Umsatzsteuer vorzunehmen. Es heißt zwar, daß Steuerpolitiker desentrums und der Reichlichen Volkspartei für diesen Gedanken abzuwenden sein würde, doch besteht kein Zweifel darüber, daß ein solcher Gedanke in weiten Kreisen für die Regierungsfähigkeit finden würde, und zwar nicht nur aus steuerpolitischen, sondern vor allem aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Die Entscheidung über die Biersteuer

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Nach einjährig Jahren kommt jetzt endlich die Gelegenheit zur Entscheidung, die in den politischen Erörterungen bisher eine große Rolle gespielt hat und die von Bedeutung für die künftige Gestaltung des Finanzanlagegeschäftes ist. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wird am 17. November unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Walter Simons zusammenzutreten, und das Urteil über den preussischen Feststellungsantrag in der Frage der Biersteuer zu fällen. Es handelt sich darum, daß Preußen begehrt, die Abänderung der Biersteuerergänzung sei verfassungsändernd, während das Gesetz tatsächlich nicht mit verfassungsändernder Mehrheit zustande gekommen ist. Durch die Wenderung dieses Gesetzes ist Württemberg, Bayern und Baden gegen den preussischen Einpruch eine höhere Quote der Biersteuer zuerkannt worden.

Deutsche Staatsbürgerinnen

Eine wichtige Frauentagung.

Von Martha Dönhoff.

Mitglied des Preussischen Landtags.

Die Generalversammlung des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“, die unter dem Vorsitz von Frau Dorothée von Belsen in Halle tagte, hat eine Umänderung des Vereins beschloffen, nach der der bisherige Untertitel „Staatsbürgerinnenverband“ zum Hauptnamen wird. Der Verein heißt fortan „Deutscher Staatsbürgerinnenverband, Allgemeiner Jahreszahl (Jahreszahl 1869)“. Durch die angelegte Jahreszahl wird der Traditionswert des Vereins betont, der als erste Organisationsform der deutschen Frauenbewegung eine ehrenvolle Geschichte hat. Die Entwicklungslinien der Kulturbewegung zur Befreiung des weiblichen Geschlechts lassen sich fort in den praktischen Arbeitsprogrammen der alten und neuen Verbandsebenen, das alle Zweige der sozialen Arbeit, der weiblichen Bildungsbeschäftigungen und der modernen Wohlfahrtspflege umfassen. Diese Arbeit ist von jeher im Sinne einer erweiterten Verantwortung der Frauen als Staatsbürgerinnen durchgeführt worden. Die Staatsbürgerschaft mit den neuen politischen Frauenrechten stellte die Vereinsaufgabe unter einen neuen Gesichtspunkt, der in der neuen Benennung seinen Ausdruck gefunden hat. Es gilt, diese Rechte zu sichern und auszubauen, immer weitere Frauenkreise für ihre Ausübung zu schulen und ihre Anwendung im Rahmen eines Frauenprogramms wirksam zu machen. Nach dem Einfluß, den die politischen Parteien auf die Staatsbürgerinnen ausübten, ist eine überparteiliche Zusammenfassung der politischen Frauenarbeit unerlässlich. Das beweist u. a. der Erfolg der kommunalpolitischen Frauentagungen, die vom Staatsbürgerinnenverband seit einigen Jahren im Anschluß an seine Generalversammlungen veranstaltet werden. Die weiblichen Gemeindevorsteher, zum Teil dankenswertere von ihren Stadterwartungen delegiert, finden sich hier mit den Frauen der Frauenbewegung zusammen, um bestimmte Fragen ihres Aufgabenbereiches zu besprechen, an denen sie, ungeachtet ihrer parteipolitischen Anstellung, als Frauen besonders interessiert sind. In Halle wurde die Frage der Eheberatungstellen behandelt. Referate von Herrn Medizinalrat Dr. Schnell, Halle, Frau Dr. med. Johanne Hoerster, Kiel; Frau Dr. jur. Ja Koch, Berlin, berichteten über Erfahrungen und Wünsche zu ihrer Einrichtung und Ausgestaltung. Die bis jetzt vorliegenden Anfangsversuche lassen erkennen, daß die Eheberatung angesichts der seelsüchtigen Auflockerung, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der bevölkerungspolitischen Krisis unserer Zeit hohe volkspoligere Bedeutung zukommt. Die Einrichtung von einer Eheberäder oder einer privaten Vereinigung getragen wird, ob sie unter medizinischer oder juristischer Leitung von Mann oder Frau betreut wird, immer muß eine spezielle menschliche Eignung für die Aufgabe und persönliche Eingabe an ihren Zweck vorhanden sein. Diese inhaltreichen Verhandlungen in Halle werden sicher den Anstoß zur weiteren inneren Ausgestaltung und äußeren Ausbreitung der Eheberatungstellen geben.

Dies hat beständige öffentliche Verberämmlung der Tagung führte mit dem Vortrag von Frau Margarete Treue, Hamburg, „Welche Möglichkeiten bestehen für den deutschen Einheitsstaat“ in eine staatspolitische Frage erster Ordnung ein, die in der feinsten Behandlung des höchsten Stoffes durch die Vortragende großes Interesse bei den Zuhörern weckte. Die Hauptaufgabe im laufenden Geschäftsjahre des Staatsbürgerinnenverbandes ist die Arbeit für den Kongress des „Weltverbandes für Frauenstimmrecht“.

Bergessene Zitate

Aus den Novembertagen 1918.

Die „Deutsche Zeitung“ erschien am 10. 11. 1918 folgende Erklärung:

„Die Verhältnisse zwingen uns, bis auf weiteres jede eigene Stellungnahme zu den politischen Ereignissen zu unterlassen und uns zu beschränken, das einfache Nachrichtenmaterial wiederzugeben.“

Am 10. 11. 1918 richtete die „Deutsche Tageszeitung“ den dringenden Appell an die Regierung, jede Gewalttätigkeit zu vermeiden und den Staatsbürgern die persönliche Sicherheit zu garantieren.“

Zwei Tage später wiederholte sie den „dringenden Appell“:

„Wir appellieren nochmals an die Regierung, wie auch an die Arbeiter- und Soldatenräte, alles zu vermeiden, wodurch der Anstoß entliehen muß, daß sie sich in Gegensatz zu der Weisheit des deutschen Volkes setzen wollen. Wir wiederholen nochmals, daß das deutsche Völkertum schon aus dringendem eigenen Interesse durchaus bereit ist, die sozialdemokratische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unter Zurückstellung aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten nachdrücklich zu unterstützen.“

Dieser Appell ist deshalb wertvoll, weil aus ihm klar hervorgeht, daß die Unterdrückung aus „dringendem eigenen Interesse“ geschah.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ließ am 11. November 1918 ihre Kopfschrift „Für Kaiser und Reich“ fallen und vollzog so äußerlich ihren Entschluß in die Republik. Im nächsten Tage folgte ihr die „Kreuz-Zeitung“, die am 12. November erstmalig ohne den Aufdruck „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ erschien, und die an diesem Tage schrieb: „Wir wollen uns also zunächst auf den Boden der Tatsachen stellen... Soviel sei gesagt, daß wir Konfessionen der Mitarbeit an unserem Vaterland uns nicht verlagern wollen...“

Der „Berliner Volksanwaiser“ durfte natürlich in dieser Gesellschaft nicht fehlen. Am 18. 11. 1918 lesen wir in diesem Blatt: „Wir müssen uns unbewußt den schwersten Aufgaben der Gegenwart widmen. Dazu gehört in erster Linie, daß wir uns zunächst auf den Boden vollzogener Tatsachen stellen. Und endlich noch die „Post“ am 23. 11. 1918:

der im Juni 1920 in Berlin stattfindet, zugleich als Feier seines 50jährigen Bestehens. Neben aller äußeren Vorbereitung und Vorbereitungsarbeit muß die Propaganda sich auf ein inneres Ergründen der Gemeinschaftsaufgabe der deutschen Frauen richten, damit sie, deren Befähigung ihnen die

frühere politische Stellung von allen Frauen der Welt gibt, sich fähig erweisen in die große Bewegung zur Ausweitung der staatsbürgerlichen Rechte und der politischen Verantwortung der Frauen, deren organisatorische Vertretung in Deutschland der Staatsbürgerinnenverband bildet.

Zwischen Staat und Kurie

Von Dr. Bohner, Oberstudienrat, M. d. L.

Wer hat den Vorteil?

Es ist das gute Recht der Kirche, bei den schwebenden Verhandlungen mit dem Staat, ihre Zugeländnisse in helles Licht zu setzen, die Vorteile für den Staat überzeugend herauszufahren. Sicher ist es von einer Kirche ein Zugeländnis, mit der weltlichen Macht über die Ausübung des Bistums zu verhandeln oder gar für die Einwirkung bei der Verbelegung eines Bischofsstuhls einzutreten. Nicht doch damit ein Gese und womöglich nicht einmal ein katholischer Bischof bei der Verbelegung eines geistlichen Amtes, die an sich frei sein soll, Selbstverständlich kann seine Einwirkung niemals eine politische sein, so daß er irgendeine den künftigen Inhaber bestimmen (bezeichnen) könnte, wie es gelegentlich noch Friedrich Wilhelm III. tat und es im Grunde noch heute bei einem Teil der Kapitulardomherrschellen geschieht. Immerhin aber hat er die Möglichkeit, einen laien Gesandten auszusuchen, und beauftragt damit, auch wenn es im streng abgetrennten Vorverfahren geschieht, zuletzt doch die Wahl. Ob also künftig, wie Deutschland und Preußen es wünschen müssen, die Domkapitel weiter bei der Bischofswahl fürchten oder, wie es dem heute geltenden strengen Primatstrecht des Papstes entspricht, die Kurie der Verhandlungsträger wird, noch kirchlicher Auffassung ist es ein Zugeländnis, wenn der Staat bei der Wahl nicht umgangen wird. Man lasse einmal den sehr billigen Einwand beiseite, daß der Staat dafür ja auch die Dotation gibt; der Staat kann für die Unmöglichkeit seiner Mitwirkung noch ganz andere Gründe anführen. Es sei hier nur gefragt, was die Kirche dabei gewinnt.

Die Kirche würde niemals mit dem Staat verhandeln, wenn sie sich nicht als politische Macht fühlte. Ohne diesen Anspruch könnte sie sich ganz auf ihre Gläubigen abstellen und sich mit der wässigen Neutralität des Staates und seiner Zurückhaltung von Kirchendingen begnügen, einerlei, ob sie auf Indifferenzismus beruhte, wie im alten Rom, oder auf einer innerlich erstarrten sauberen Trennung der Bereiche. Man will aber in die Welt und auch in die politische Welt wirken. Alfredsänger Marx hat ja erit kürzlich in Eurt bei der Besprechung der angeblich nicht so gemeinten „katholischen Aktion“ gerade auch die politische Seite als eine wesentliche Aufgabe katholischer Organisation bezeichnet. Man will katholische Ansäandungen und leidet oft auch nur katholische Ansprüche im Staat durchsetzen. Was bietet man politisch dem Staat? Allgemein, daß man das „Seid untertan der Obrigkeit!“ predigt. Satz 2335 des kanonischen Gesetzbuchs verleiht z. B. die Zugehörigkeit zu staatsständlichen Bänden den Gläubigen. Man wird auch nie vergessen dürfen, daß der katholische Volksteil sich den Notwendigkeiten der Republik nicht verschloß. Darüber hinaus mag man eine politische Bedeutung hoher kirchlicher Ämter, die eine internationale Kirche verleiht, in einem Lande wie unsemem mit Belenntnisfreiheit und schwebenden politischen Grenzen anerkennen. Aber viel mehr soll man auch nicht erhoffen. Wenn Martin Spahn bei den

schwebenden Verhandlungen auch Sicherungen für das Auslandsbürgertum von der Kurie zu erlangen hoffte, so dürfte damit das, was der Kirche zu erlangen möglich ist, wohl schon überschätzt sein. Sie kann in jedem Staat zuletzt in solchen Fragen nur den Standpunkt des betreffenden Staates selbst anerkennen. Das andere hängt von der Kraft unserer deutschen Volkskraft ab.

Was also die Kirche politisch dem Staat geben kann, ist zuletzt doch nur, was er als Herr des Landes beanspruchen kann und muß. Und wenn die Kirche es ihm nicht gibt, bringt sie schließlich ihre eigenen Gläubigen in einen auch der Kirche nicht unangenehmen Gewissensstreit zwischen kirchlicher und staatlicher Pflicht. Was gewinnt sie? Nicht nur die politische Anerkennung, an der ihr so viel liegt, und die sie ohne Zweifel vor ihren eigenen Gläubigen und auch vor anderen erhofft. Der Staat gibt ihr außerdem die Möglichkeit, sich im Staat auszuwirken. Man kämpfte heute nicht mehr mit Schwert und Feuer; aber der vom heutigen Staat eingeführte Stimmzettel hat der Kirche mit die Stellung im heutigen Staat wie Volksbesitz erobert helfen. Die kirchliche Praxis des neugewählten Nachbundes hat die Vorteile des modernen Staates für eine ihre Kraft im Geistigen zu stehende Kirche nicht verkannt; der Erlass des Staatssekretärs Kampolla aus dem Jahre 1900, der bei jeder deutschen Bischofswahl in der Kapitulierung verlesen werden muß, zeigt deutlich das Bestreben, diesem Staat möglichst entgegenzukommen, keine dem (doch meist protestantischen) Landesherrn (Staatsregierung) minder eigenen Persönlichkeiten auf die Höhe zu setzen, damit er überhaupt nicht erst streichen muß — das Recht hat der Landesherr nach der Bulle De salute animarum —, sondern sich vorher über die Genehmigung zu vergewissern. Jede Beziehung zwischen Staat und Kirche sollte vermeiden. Wenn gutem Recht wird man daran bei den jetzigen Verhandlungen erinnern, wenn die Kirche an unmittlerbare Gebiete, z. B. das Erziehungswesen, rühren will. Könnte doch dann auch der Staat seine Rechnung aufmachen, die nicht nur auf die Förderung der Staatspolitik in der Erziehung sich beschränken würde. Wäre er dann nicht fragen, wie es mit der Anerkennung des Belenntnisfreies seiner an derseitsgläubigen Bürger durch die Kirche steht? Der alte Spruch, Concordatum est mater rituum, das Konkordat ist die Mutter der Riten, bedarf heute, wenn man sich für den Anfang zu einem Streit, bedarfbedreitet sich ja schon auf die Länge an neuen bairischen Konkordaten, und leider auch davon, daß er den Gegenfas der Belenntnisfreiheit. Die Reichsberichte jetzt aus Mecklenburg vom dem katholischen Westfalen, der in höchster Not herbeigerufen die Konkordatsmaterie nun dann recht, wenn die zweite protestantische Frau danach ihren Mann nicht wiederfindet, ihren Mann dessen Frau sie seit vierzehn Jahren vor dem Standesamt und der evangelischen Kirche ist. Nach der katholischen und der Aufstellung aber aus dem Munde des Priesters Frau nicht, die Sterbenden ist sie, des Geschiedenen zweite Frau nicht, die richtige Frau; die lebt in Landshut.“ Genüß, ein katholisch muß sich den Auffassungen seiner Kirche beugen; nichts kann ihn davon abhalten. Aber könnte der Staat, besonders wenn, wie im Deutschen Reich, die Ehepflicht kirchlicher Bürger bestimmt nicht katholisch und noch weniger kirchlich katholisch ist, den Schutz seiner anders denkenden Bürger gegen eine Heiratung in solcher Form verlangen? Der Mecklenburger Fall war so auch ohne Konkordat möglich, aber ohne Zweifel wird er von den Andersdenkenden ganz anders angesehen in einem Land, sobald der Kirche nach dem Wortlaut des Konkordates die Freiheit in diesen Dingen zuleht. Streitpunkte genug, wenn man den Boden überflutet!

Wer den Frieden will, wird die Haltung befolgen müssen, die die katholische Kirche im 19. Jahrhundert wie im 20. mehr und mehr eingeschlagen hat und die zuletzt auch im kanonischen Recht in seiner neuen Fassung sich spiegelt; der Aufgabe Rechnung tragen, daß man nicht allein ist, theoretisch und im Glauben wohl die katholische (allgemeine) Kirche darstellt, wie zuletzt wohl alle Christen, die eine Herde wünschen, daß man aber in Wirklichkeit neben anderen Belenntnissen und Weltanschauungen im Staat steht. Der internationalen Kirche mag es eine besondere Schwierigkeit sein, den Verhältnissen eines einzelnen Landes Partikularreregulungen auszugeben. Ein Staat wie Preußen muß darauf bestehen. Wir sind der Ueberzeugung, daß sowohl in der Form wie im Inhalt die Kirche dem Rechnung trägt. War es doch immer ihre Weisheit, dem Besonderen gerecht zu werden, wie ja, um noch einmal ein Beispiel aus dem Erziehungsweisen zu nehmen, auch nach dem neuen kanonischen Recht Simultan Schulen den Gläubigen nicht allgemein verboten sind, sondern nach den Befehlen des päpstlichen Stuhls Ausnahmen dem Ermessen des zuständigen Ordinarius (Bischofs) überlassen sind.

Das Verlangen der Ehrhardt-Siedler

Zum Zweck der Anstellung der Ehrhardt-Siedler stellte das Reich den ehemaligen Truppenabteilungsleiter Ehrhardt-Lager zur Verfügung. Von den Angehörigen dieser Truppe wurden auf diesem Gelände insgesamt 180 Angehörige angestellt. Zur Aufkündigung dieses Geländes und zum Aufbau der Gehöfte wurden vom Reich rund 1,3 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Sehr bald stellte sich heraus, daß ein großer Teil dieser Heeresangehörigen nicht in der Lage war, den ihnen übertragenen Besitz zu bewirtschaften. Infolgedessen wurden viele dieser Siedlerstellen von ihnen an nachgeborene Söhne schleswig-holsteinischer Bauern veräußert, so daß sich zur Zeit nur noch ein geringer Teil dieser Stellen in dem Besitz der Ehrhardt-Siedler befindet.

„So wird sich... eine solche neue Organisation ummünden auf den Boden der Demokratie stellen müssen.“

In jenen Novembertagen fiel es den Konfessionen plötzlich wieder ein, daß sie auch die Rolle der Realpolitiker spielen könnten. Wenigstens behauptet das die „Kreuz-Zeitung“ von ihren Getreuen, wenn sie am 13. 11. schrieb: „Wir (die Konfessionen) haben stets bis zum letzten für unsere Ueberzeugung gestritten, aber wir sind auch immer Realpolitiker gewesen.“

Am 18. 11. 1918 schrieb der „Berliner Volksanwaiser“ weiter: „Unsere Soldaten und Matrosen und unsere gelangte Arbeiterkräfte stehen mit Ausnahme weniger meist irregulärer Elemente, auf dem Boden dieses Programms und haben sich bereits in zahlreichen Fällen ausgezeichnet bewährt. Wir rechnen weiter auf sie.“

Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 15. 11. 1918: „Befürworten ist die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich persönlich als schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während des Krieges. Die Träger der Monarchie sind nicht das gewesen, wofür der nationale Geist sie gehalten hat. Sie waren nicht mehr die Führer, die sie hätten sein müssen. Nun ist mit den Revolutionen auch das Schlimmste verschwunden, welches in geschichtlich gemordener Form den monarchistischen Gedanken verforperte.“

Diabio Freizer von Zedlitz und Neudorf schrieb am 23. November 1918 in der „Post“:

Es erscheint als dringendes Gebot der Stunde, daß die rechtsstehenden Parteien wenigstens zum Zweck der Wahl sich einheitlich auf einer politischen Grundlage organisieren. Daß dabei von jeder monarchistischen Forderung ihrer völligen Unmöglichkeit wegen gänzlich abzusehen sein wird, ist selbstverständlich. Auch scheint der Gedanke eines solchen schon völlig aufgegeben zu sein.

Walle am 16. November 1918 in der „Deutschen Zeitung“:

„Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, insbesondere auch im Zeichen der Demokratie, dann befindet man sich wieder auf die Farben Schwarz-Rot-Gold. Sie sind die Kennzeichen des deutschen Volkstums. Sie sind das Symbol großer Gedanken, denen damals allerdings die großen Taten folgten...“

Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben veremblich.“

Öffentliche Mittel für den Wohnungsbau Mittelbesitz bis 1940 notwendig.

In der letzten erschienenen Nummer des Reichsarbeitsblattes erörtert der Reichrat für Wohnungsfragen im Reichsarbeitsministerium Ministerialrat Dr. Wölz die Aufgaben des Reichswohnungsbaupflicht. Unter der Voraussetzung, daß wie im Jahre 1927 in jedem folgenden Jahre etwa 300 000 Wohnungen gebaut werden, kommt Wölz zu dem Ergebnis, daß im Gegensatz zu den Voraussagen im Jahre 1926 der Zeitpunkt, in dem vollständig einmal der Wohnungsbau im öffentlichen mit Mitteln des Privatkapitalmarktes gestellt werden kann, wiederum in erheblicher Weise, noch zeitlich unbestimmbar ferne verschiebt. Wenn man auch an den Endteil immer härterer Heranziehung des Privatkapitals für den Wohnungsbau selbsthalten wird, so werden für die Zeitspanne bis etwa 1940, für welche zunächst eine einheitliche, wenn auch nur allgemeine Planung der auf den Gebieten des Wohnungsbaues notwendigen Maßnahmen möglich erscheint, das nötige Mittel zur Finanzierung des Wohnungsbaues die öffentlichen Mittel bleiben müssen. Eine planmäßige Festlegung des Aufgabentanzes hat zur Voraussetzung, daß diese öffentlichen Mittel in Zukunft durch gesetzliche Bestimmungen über die ganze Zeitspanne hin gleichartig zur Verfügung gestellt werden müssen.

Ueber die erforderlichen Mittel macht Ministerialrat Wölz weitere Angaben. Er betont, daß eine Senkung der Herstellungskosten für absehbare Zeit kaum in Aussicht zu nehmen ist. Mit besonderem Nachdruck werden in dieser Richtung alle Versuche, namentlich der Reichswohnungsbaugesellschaft zu unterstehen. Die Verwertung der Herstellungskosten bei vielfach übermäßigen Gewinnen oder auch bei steigenden Löhnen, die Steigerung der Baukosten, namentlich angeht der Tarifverwertung ist aber nicht zu verkennen und gleicht leider weit in die erzielte Verbilligung durch Rationalisierungsmaßnahmen aus. Man muß sich deshalb darüber klar sein, daß auch heute noch bei 300 000 Wohnungen mit einem Durchschnittssatz von 10 000 Reichsmark Erstellungskosten genau wie im Jahre 1927 mit drei Milliarden Finanzbedarf zu rechnen sein wird.

Das Stahlhelm-Dementi

Der Stahlhelm hat die Mitteilung, daß auf Grund einer Abprange zwischen Seidte und Jugenberg eine Zurückziehung des Stahlhelm-Wolfsbegehrens erfolgen sollte, demotiert. Wohlgerichtet, Herr Seidte hat dementieren lassen, nicht aber Herr Jugenberg. Wir haben volles Verständnis dafür, daß dem Stahlhelm die Situation nicht ganz angenehm ist. Denn wenn auch die Deutschnationale Volksgemeinschaft nicht mehr mitmachen will, dann wird das Stahlhelm-Wolfsbegehren eine Wunde, die diejenige des Rangereiters, derolfsbegehrens noch bei weitem übertrifft. Der frühere Reichsverteinsminister stoch hat jedoch auf einem deutschnationalen Parteitag seine völlige Abwendung gegen dieses Wolfsbegehren zum Ausdruck gebracht, und es zeigt sich hier wieder einmal, was das für eine merkwürdige Ehe zwischen Deutschnationalen und Stahlhelm ist. Man möchte im Zweifel gerne Geschäfte miteinander machen, aber in der Öffentlichkeit verlegt man sich, und wenn es nicht anders geht, demotiert man Tatsachen, die Stahlhelmbundesleitung in zwei Monaten an der Demotierung zu erinnern. In eingeweihten Kreisen wird aber schon gar nicht mehr mit einer Vertagung gerechnet, sondern diese mit so viel Lungenkraft angezündete Aktion, so behaupten Leute, die es wissen müssen, wird überhaupt ins Wasser fallen.

Seltene Vorgänge auf Helgoland

Der Äpfel an den letzten Wintertropfen.

Man schreibt uns: Werthvolle Dinge haben sich in den letzten Wochen auf Helgoland ereignet. In einer Gemeindeversammlung, die als öffentliche Sitzung angekündigt war, wurden zwei anwesende Beobachter ausgeschieden, obwohl der Gemeindevorstand von einem Stellvertreter ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß eine rechtliche Grundlage hierfür nicht bestehe. Als Grund wurde lediglich geltend gemacht, daß die Gäste keine Angaben auf Helgoland entrichteten. Daß jeder einzelne Beobachter das Recht habe auf Helgoland auszuüben, lehnt den streifen, die gegenwärtig am Ruder sind und die Haltung der Gemeinde beeinflussen, völlig gleichgültig zu sein. Die Versammlung nahm im übrigen den erwünschten friedlichen Verlauf und schloß mit der beabsichtigten Wendung, daß man bereit sei, den letzten Wintertropfen für die Erhaltung des Eigentums und des alten Rechts Helgolands hinzunehmen. Die Helgoländer genießen Zoll- und sonstige Privilegien, durch die sie vor den übrigen deutschen Staatsbürgern außerordentlich bevorzugt sind. Es erhebt an der Zeit, diese Privilegien zu prüfen, ob der Staat bei der Erfüllung der von Zeit zu Zeit geltend gemachten Wünsche Helgolands nicht beachtlichen Vorteile, welche Haltung die Gemeindevertretung diesem selbstem Staate gegenüber einnimmt. Das Reichliche Innenministerium teilt mit, sich mit den hier näher bezeichneten Verhältnissen einmal zu beschäftigen und die Frage zu untersuchen, ob nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht eine Auflösung der Gemeindevertretung möglich wäre.

Verfassungsändernd oder nicht?

Der Staatsgerichtshof soll entscheiden.

Der Reichsminister der Gelehrten hat dem Reichstag jetzt den Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Verordnungen des Reichsrechts zur Beschlußfassung vorgelegt. Der Reichstag hat die Vorlage einstimmig angenommen. Er ist in der Mehrheit der Auffassung, daß der Gelegenheitsverfassungsmäßig ist, da dem Staatsgerichtshof seiner Meinung nach ein Gesetzgebungsrecht zugewiesen wird. Bei dieser Rechtslage muß die Reichsregierung die Entscheidung über die Frage der Verfassungsmäßigkeit des vorliegenden Gesetzes sich bis zur Beratung im Reichstag und bis zum Vorliegen des

entsprechenden Beschlusses vorbehalten. Die Entscheidung erliegt sich, wenn der Reichstag dem Gesetz wie der Reichsrat mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Mehrheit zustimmt.

Ueber die Vorlage ist mitzuteilen: Es für die maßgebende Prüfung von Zweifeln und Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten, ob eine als Gesetz oder Verordnung zu verändernde oder veränderte Rechtsnorm des Reichsrechts mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht, bezieht zur Zeit im Reich keine Instanz. Dies gilt sowohl für Meinungsverschiedenheiten zwischen den an der Gesetzgebung beteiligten Stellen — Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag — wie auch für Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gesetzgeber und den zur Anwendung der Gesetze berufenen Behörden und Gerichten.

Bereits in der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung hatte der demokratische Abgeordnete Ab-

Verein der Deutschen Demokratischen Partei in Halle Sonnabend, den 1. Dezember, abends 8 Uhr im Konzerthaus Hoffjäger

Feier des 10jährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Partei. Gedenkrede, Konzert, künstlerische Darbietungen Tanz

Alle Mitglieder erhalten demnach besondere Einladungen. Am 15. November sind Eintrittskarten (50 Pfg.) im Vorverkauf zu haben in der Steinortsbauhandlung von A. Simonson, Gr. Steinstr. 54/55 und in der Parteigeschäftsstelle, Große Brauhausstraße 30.

laß den beachtenswerten Vorschlag gemacht, den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich mit der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen zu beauftragen.

Der vorliegende Gelegenheitsverordnungsfall ist diesem Gedanken an. Er sieht daher vor, daß bei Zweifeln oder Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine künftig als Gesetz oder Verordnung veränderte Rechtsnorm des Reichsrechts mit der Reichsverfassung im Widerspruch steht, der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Antrag des Reichstages, des Reichsrates oder der Reichsregierung zu entscheiden hat.

Beim Reichstag und Reichsrat sollen je ein Drittel der Stimmen für den Antrag genügen, da eine solche Minderheit zur Ablehnung des Gesetzes, wenn es verfassungsändernd ist, ausgereicht hätte.

Politische Notizen

Deutsche Beamte im Internationalen Arbeitsamt.

Im Internationalen Arbeitsamt in Genf sind jetzt insgesamt 31 Reichsdeutsche tätig, davon sind 19 in der Hauptstelle in Genf und 12 im Berliner Zweigamt. Stellen des höheren Dienstes beim Internationalen Arbeitsamt haben bisher 13 Reichsdeutsche inne, darunter 4 Abteilungsleiter, zu denen Anfang nächsten Jahres noch ein Direktionschef kommt.

Tagung des Republikanischen Reichsbundes.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund hält seine diesjährige Herbsttagung am 24. und 25. November im Saal des Demokratischen Klubhauses in Berlin ab. Während die Verhandlungen des 24. November internen Organisationsfragen gewidmet sein werden, stehen die Beratungen am Sonntag unter dem Zeichen der politischen Fragen. Die Verhandlungen werden mit einer Ansprache des Reichspräsidenten abgebrochen werden. Es folgt dann ein Bericht über den Stand der Einheitsstaatsbewegung, außerdem sind Referate vorgelesen über „Wahlrecht und Parlamentarismus“ (Referent: Oberbürgermeister Dr. Ruppel-Nürnberg) und über „Unsere Forderungen an den heutigen Staat“ (Referent: Ministerialdirektor z. D. Dr. Spicker).

Wegen Beschimpfung der Republik.

„Ich fühle mich berufen, diese Judenrepublik zu verurteilen,“ hatte der Gelegenheitsarbeiter Behm auf einer Polizeiwache in Schöneberg geäußert. In der Voruntersuchung hatte er sich mit Weiskrankeheit und Trunkenheit herauszureden versucht. Aber der medizinische Sachverständige bezeichnete ihn als völlig gesund und das Gericht, das den Ausführungen des Staatsanwalts folgte, verurteilte ihn wegen der Missetat des vorliegenden Verfalls, wegen der Beschimpfung der Republik und ihrer Farben zu vier Monaten Gefängnis.

Judenborst Schale.

Das in der Öffentlichkeit mehrfach erwähnte Ernennungsdenkmal der Aler in Düsseldorf, gegen das Judenborst protestierte wurde in einer der letzten Nächte mit roter Mennigerfarbe angestrichen. Auf dem Sockel liest man: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten.“ Auch die Figuren sind angestrichen worden. Man sieht auf ihnen einen Stern und die Aufschrift „Seine“. Die Täter sind noch nicht ermittelt, doch nimmt man an, daß es sich um deutschvölkische Kreise handelt.

Gegen die Verrohung des politischen Kampfes.

Vor dem Obersten Reichsgericht hatten sich der 21-jährige Nationalsozialist Karl Faust und der 23-jährige Willi Altner, gleichfalls Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, wegen Mißhandlung eines Reichstamm-Mitgliedes zu verantworten. Es hatten im Sommer in Darmen in Gemeinschaft mit einem dritten Angeklagten der sich deswegen vor dem Jugendgericht zu verantworten haben wird, den Reichstammernmann Wittenstein überfallen und durch

Schläge über den Kopf schwer misshandelt. Als Wittenstein von Faustan befreit worden war, hatten ihn die Wachen noch mit dem Tode bedroht, falls er die Sache angehen werde. Der Staatsanwalt beantragte für beide Angeklagten drei Monate Gefängnis unter Umwandlung in eine Geldstrafe von 90 Mark, weil die beiden Täter jeder jugendlich und noch nicht vorbestraft seien. Das Gericht erkannte dagegen unter Verlesung milderer Umstände auf je 2 Monate Gefängnis.

Bezirk Halle

Gästen. Deutsche Demokratische Partei. Am Sonnabend fand im „Goldenen Schiff“ die Monatsversammlung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Der Vorsitzende O. C. in begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und gab einen Bericht über den im Oktober stattgefundenen Kreisparteitag. Darauf sprach Parteivorsitzender Reichsgerichtsdirektor Bujze über die Parteiausführung in Berlin, die in einem Augenblick starken politischen Hochbetriebes stattfand. Während die Deutschnationalen ihre Führerkräfte durchnahmen, und Marx seine Entschlossenheit, den Vorkrieg im Zentrum niederzulassen, trat auf der Sitzung des Parteiausführesses die innere Gefährdung der demokratischen Führung klar hervor. Kreisreform, Wahlreform, und Wirtschaftsreform sind die drei großen Aufgaben, deren Lösung das Ziel der demokratischen Politik sind. Der Vortragende entwarf ein klares Bild des augenblicklichen Standes der Reichsreform. Erich Koch-Weser, der Führer der Partei, hat die Grundlagen für eine Verhandlung über die Reichsreform geschaffen, die auch den süddeutschen Ländern entgegenkommen. Allerdings dringt Koch auf die Herbeiführung der Einlösung der Frage, nicht nur der Bund für Erneuerung des Reiches, der einer Umschichtung durch Wiederaufrichtung der Mainlinie das Wort redet. Auch in der Wahlreform wird die Reichstagsaktion der Partei die Initiative ergreifen, um kleinere Wahlkreise zu schaffen und damit eine stärkere Verbundenheit zwischen Abgeordneten und Wählern herbeizuführen. Ueber die Wirtschaftsreform wird in einer späteren Versammlung gesprochen werden. Reichs Beisatz lobte dem Vortragenden für seine treffenden Ausführungen. Am den 10. Gründungstag der Deutschen Demokratischen Partei festlich zu begehen, wurde beschlossen, am 17. November im Saal des Schiffs eine Feier zu veranstalten. Ueber die Festtage wird noch berichtet werden. Nachdem noch interne Fragen besprochen worden waren, schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

Widerfeld. (Reinarbeit für die Partei.) Bis zu den höchsten führenden Parteistellen hinauf ist man sich darüber einig, daß eine straffe und lebensfrische Parteiorganisation als Grundlage vorhanden sein muß, wenn die Partei sich durchsetzen und Erfolge erzielen will. Aber nur wenige kennen die Beschwerden und Schwierigkeiten, die mit einer solchen Mitarbeit verbunden sind. Wer sie so recht aus erster Hand kennen lernen wollte, der möge am der für Sonntag, den 4. November, vom Kreisverein Widerfeld angelegten Werberundfahrt teilnehmen. Vom frühen Morgen bis späten Abend — Regen, Windstille, was es geradezu, und die überaus lebhaften Kandidaten, auf denen das Auto sich seinen Weg bahnte, entzündeten von beiden Seiten beachtenswerte Spritzer. Aber die Freunde, die sich zu dieser Tour zusammengefunden hatten, ließen sich dadurch weder ihre gute Laune trüben, noch etwa zu einer Kränzung der vorgezeichneten Tour verleiten. Alles wurde programmäßig durchgeführt. Die erste Fahrt führte nach Börsig, wo in einer ausgiebigen Besprechung alles aufs beste vereinbart und geregelt wurde. Die unterbaltiger Leitung stehende Ortsgruppe wird auch das zehnjährige Bestehen der D.D.P. durch eine Veranstaltung feiern. Möglichst vorzutrage und entsprechende Werbemaßnahmen sind in Vorbereitung. Dann ging es weiter nach Dreßlich zur persönlichen Besprechung mit dort anwesenden Freunden. Die Hauptfrage, auf die es hier ankam, die Gewinnung von Adressen, gelang in vorher kaum geoffenem Ausmaße. Dann wurde Frau angesehen. Bei guter Stimmung wurde hier zunächst der rebellische Wagen befriedigt. Dann ging es ans Werk. Auch hier war das Ergebnis gut. Der letzte Ort, Ramlin, bot ein besonders erfreuliches Bild. Trotz der Kälte hatte der richtige Vertrauensmann eine namhafte Anzahl von Geschäftsleuten, Handwerker, Landwirten, und Lehrern für unser Parteiprogramm interessiert. Der Wahlkreisgeschäftsführer zeichnete ein Bild vom Wollen und Werten der D.D.P., und trotz der im Besprechungszimmer herrschenden Kälte wurde man bald warm untereinander und taugliche Rede und Gegenseite miteinander aus. Die zahlreicheren stiegen von Ramlin mit den besten Eindrücken. Der Ort wird bald eine brauchbare Stütze für die Partei werden. — Alles in allem: Das Ergebnis dieser ersten vom Kreisverein veranstalteten Werberundfahrt war durchaus befriedigend. Es war mehr, als man erwartet hatte. Weitere Fahrten gleicher Art folgen.

Der Deutsche Rundfunk

— weitersagen!
ist führend in allen Rundfunkfragen

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt oder einer Buchhandlung / Probeheft umsonst von Verlag Berlin N24

Verantwortlich: Johannes Dornbläth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Beniger & Co., G. m. b. H., Dessau, Poststraße 9.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Ertriks, höhere Gewalt und Betriebsführung enthalten den Verlag von der Haftung für Verdrügerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Wagenpreis: Für die unentgeltliche
Abnahme der 10 Exemplare. - Weiter
im Einzelnen 1 Mark. - Der
Abnehmer hat die Kosten der
"Wegweiser", Halle (Saale), Gr. Brauhaus-
straße 30.

Nummer 45

Halle, 10. November 1928

4. Jahrgang

Krisen und Lösungen

Zur gleichen Stunde, da das amerikanische Volk zur Wahl geht, um den neuen Präsidenten und seine Parlamente zu wählen, trug Ramsay MacDonald den Generalangriff gegen die konservative Regierung Groß-Britanniens vor. Zur selben Stunde aber entschloß sich auch Poincaré, zu seinem gesamten Kabinett zurückzutreten. Die Ereignisse verlaufen sich. Sie haben an sich keinen inneren Zusammenhang, soweit es sich um die Ursachen dieser Krisen handelt, aber in ihren Wirkungen werden sie doch eine gewisse Verflechtung zeigen. Schiner, heute schon vorauszu- sagen, wie sie die Entwicklung beeinflussen werden. Nur die amerikanischen Wähler können als abgeschlossen betrachtet werden und lassen auch gewisse Rückschlüsse auf die weitere Stellungnahme zu. Was sich in London abspielt, als Vorläufer der kommenden großen Auseinandersetzung zu betrachten, die erst in einem Wahlkampf die Entscheidung bringen wird. In Frankreich sind die Dinge augenblicklich unübersichtlich. Mehrere Möglichkeiten bestehen nebeneinander und es ist behäufig nur eine Personengruppe, welche Lösung zuletzt versucht werden wird. Aber auch wir haben Ereignisse von größter Tragweite zu verzeichnen. In erster Linie den Kampf an der Ruhr, der mit schweren Erschütterungen für die deutsche Wirtschaft verbunden ist und sehr leicht politische Auswirkungen haben kann, wenn es nicht gelingt, durch geschickte Vermittlung die erbitterten Kräfte abzurufen. Überall treten in den nächsten Tagen die Parlamente zusammen, soweit das jetzt bereits geschehen ist. Die Hochkonjunktur der Politik beginnt wieder. Ueber die Bedeutung dieses Winters ist man sich nirgends im Zweifel. Er kann nach innen wie auch außen grundlegende Veränderungen bringen.

Die englische Thronrede

Schon Goethe pries das Schicksal des neuen Königs, der nicht mit den Lieberlieferungen Europas befreit ist. Es hat keine Schläfer und keine Soldate. Kräftiges Leben herrscht dort. Weltanschauungen haben kaum eine Rolle gespielt. Es ist ein solches Wort, das man eigentlich von Amerikanern hören sollte, wenn man es an den Amerikaner hören sollte. Und nun haben zum erstenmal Weltanschauungen im Vordergrund gestanden. In Sandbar Smiths gab dazu Anlaß. Das erjehmal ward sich ein Staat mit die höchste Würde des Landes. sofort entstand das, was wir bei uns einen Kulturkampf nennen. Selten ist drüber so leidenschaftlich geurteilt worden wie diesmal, und man wird es nicht als einen Vorgang bezeichnen, daß Schlamm aufgeschüttet wurde. Verleumdungen und Beschimpfungen wurden zu Waffen. Für die Zukunft verpricht das nichts Gutes. Vom heutigen Standpunkt aus ist verhältnismäßig getuschelt, wer als Sieger hervorgeht. In der Vorlesung über Europa heißt zwischen Republikanism und Demokraten kein so unbestreitbar Unterschied. Er ist mehr eine Sache des Zerkennens als der Lieberzeugung. Innerpolitisch wird man die Wahl Hooters als einen Sieg der Unfreiheit bezeichnen müssen. Das Wirtschaftswesen in seiner unbestimmten Form ist beizubehalten. Die Kandidaten werden sich weiter mit den Angehörigen des Staates, die heimlich dem verbotenen Gebrauch fröhnen und dabei gemeint zu gesundheitsschädlichen Mitteln greifen. Auch religiös betrachtet, ist es nicht gerade ein Ruhmesstempel, daß ein anerkannter Mann lediglich seines Glaubens wegen eine schwere Niederlage erlitt. Das sind Dinge, die die Amerikaner mit sich selbst machen haben. Für die alte Welt ist nur wichtig, daß schon in seinem Programm Hochschuß und umfassende Lerneverträge angekündigt hat. Welches verhängnisvoll, auch wenn im Hintergrunde der Gedanke geschlummert hat, die britischen Wähler der alten Welt durch Druck zu zwingen. Erfüllung auf diesem Wege zu erreichen, ist durchaus denkbar, weil selbst den Westmächten die finanzielle Kraft fehlt, Schritt zu halten. Aber der Hochschuß wird die gegenige befähigen. Er ist nur dann ein Segen, wenn er die Vereinigten Staaten von Europa wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet erzwingen sollte. Das sind aber noch Zukunftsaussagen, während wir im Augenblick vor der Zukunft stehen, daß sich im Gegensatz zu den Beschläüssen der Weltwirtschaftskonferenz der Kampf um die Märkte verläuft.

Herbert Hoover

Das Kabinett Baldwin hat es sich leicht gemacht. Nur wenige Worte sprach der König bei Eröffnung der parlamentarischen Session. Die großen Probleme der inneren und äußeren Politik wurden flüchtig gelöst. Nirgends ein Hinweis, nirgends der Versuch, einer Lösung, Ramsay MacDonald konnte ohne Lieberzeugung diese nichtsagende Verlaubarung verweigern. Schärfe Angriffe richtete er gegen das foreign Office, wobei er geschickt Verneinungen Lord Lansdownes, des Vizepräsidenten Chamberlains und des fran-

zösischen Außenministers Briand gegeneinander ausrichtete. Weit über die eigenen Kräfte hinaus findet er Beifall, wenn er in dem Marineministerium die Lieberbelegung überhöhter Methoden kürzlicher Geheimpolitik liest. Auch Lord Grey hat sich vor wenigen Tagen ganz ähnlich geäußert. Man fürchtet an der Fremde die verschärferten Beziehungen zu Washington, aber auch neue Streitigkeiten auf dem benachbarten Kontinent. Lord Salisbury erklärte zwar namens der Regierung in Ebershaus, daß die Marineabmachungen erlebige seien, aber die Frage, die auch Grey aufwarf, ob damit alles in der Verfertigung verschwendung sei, was im Hochsommer dieses Jahres zwischen Paris und London verabredet wäre, bleibt unbeantwortet und doch ist das von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Einmal die Frage der Rechte zu Lande, jene handelsliche Dinge, die Paul Boncour in Genf hartnäckig verteidigt und die der Abrijung unüberlegbare Mauern vorgebaut hat und jene politische Unsprache, die den Franzosen die Hegemonie einräumt, weil sie ihnen freie Hand in der Reparation, der Räumung und den Beziehungen zu anderen Staaten gewährt. Einen Vorzug haben die Italiener bekommen, die bei ihren Verhandlungen mit der lateinischen Schwestern ungehörige Zugeständnisse machen mußten, weil Groß-Britannien, das diese Ansprüche früher unterstützt hatte, jetzt auf die andere Seite hinübergefallen ist. Erst der Wahlkampf in England wird Klärung herbeiführen. Ob er die konservative Partei aus der Herrschaft herausdrängt, mag noch zweifelhaft erscheinen, aber nach dem Ergebnis der Gemeinwahlen ist sicher, daß die Arbeiterpartei einen gewaltigen Aufschwung erfährt. Und das genügt, da die Briten politisch gefühlt immer bereit sind, aus solchen Ereignissen Folgerungen zu ziehen.

Poincarés Rücktritt

Der Rücktritt der Radikalsocialisten in Angers bot kein erhebendes Bild. Der Eindruck der Zerfahrenheit ließ sich nicht verfehlen. Regier und linker Flügel strebten sich auseinander. Es war ein Ringen zwischen Herriot und Caillaux, bei dem in Wahrheit keiner Sieger geblieben ist. Herriot nicht, denn er mußte in loslöser, nicht in wörtlicher Ausführung der Beschläüsse seine und seiner drei Ministerkollegen Demission einreichen, Caillaux nicht, denn seine Zeit ist bestimmt nicht gekommen. Ganz gleich, was nach die Kabinett bildet, für ihn ist es kein Vorteil. Geschick hat Poincaré den Stoß aufgefangen. Er überreichte dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch der gesamten Regierung. Er ging, ehe er fürzte. Seine Lage war schlecht. Die Artikel 70 und 71 des neuen Staats mit der Rückgabe der Regierung und der Lieberzulassung von Ordensstellungen erfüllten den Bestand des Kabinetts. Ein Welcher der Taktik wartete er den Ausgang nicht erst ab, sondern kam seinen Gegnern zuvor. Er ging unbestätigt. Darauf hat er zweifellos den entscheidenden Wert gelegt. Was jetzt geschehen wird, entscheidet sich nach dem Kenntnis. Sowie er lieder, die allgemeine Volkstimmung hält den Wohlwaten aus Verle. Das auch weiter für die gegenwärtige Verhältnisse. Er kann mangelfähige Klärung einbringen, wenn er hat parlamentarisch volle Bewegungsfreiheit, er kann das wider nach rechts wie nach links herumrennen, ohne Gefahr zu laufen. Ob er dazu Neigung verleiht, bleibt abzuwarten. Es hängt ausschließlich von seinen Wünschen ab, welche Welt er nicht mehr. Es ist denkbar, daß er lieber von neuem darauf wartet, förmlich gerufen zu werden, um als Triumphant zurückzutreten. Dann würde wohl das neue Kabinett in der Richtung Briand-Tardieu zu suchen sein. Außenpolitisch nicht ganz unmisslich. Momentlich für die Reparationsfrage, Vorkäufig aber ist es zwecklos, auch nur Vermutungen auszusprechen.

Die Reparationen

In den letzten Tagen ist angeregt verhandelt worden. Gewisse Ergebnisse wurden dabei sichtbar. Auch Poincaré ließ sich davon überzeugen, daß man wohl mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten, die sich an keiner offiziellen Veranstaltung Europas beteiligen, unabhängige Sachverständige hat Beamter bestimmen müssen. Das war immerhin ein Fortschritt. Die Konferenz tagt, hat eine untergeordnete Rolle. Umstritten aber sind ihre Befugnisse. Darüber wird vermutlich noch ein harter Kampf zu bestehen sein. Wir finden uns einer ziemlich geschlossenen Gegenseit gegenüber und sollen die Gefahren nicht verfehlen, die es drohen. Soweit sich bisher ein Urteil ermöglichen läßt, wollen die Gläubigerstaaten lediglich Jahresabgaben festsetzen, die unter den letzten liegen. Aber weder die Entsumme nennen, noch die Zahl dieser Jahre begrenzen. Das wäre eine Bestimmung des Donnersplones, um die sich die Wäbe lohnt. Auch die Verabreichung selbst ist geringfügig. Seit 2,5 Milliarden wollen die Franzosen 2,2 die Eng-

länder 1,8, das ist keine Erleichterung für Deutschland oder die Weltwirtschaft. Sollte es nicht zu anderen Beschläüssen kommen, dann wird man auf unserer Seite am besten erklären, daß wir lieber eine günstigere Zeit abwarten, auf keinen Fall aber dürfen wir den Transferierzug preisgeben, um denartig zusammengedrängte Zugeständnisse zu bekommen.

Die Ruhr

Die Lohnstreitigkeiten in der Schwerindustrie haben zum offenen Ausbruch des Kampfes geführt. Die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters durch den Reichsarbeitsminister wurde von den Arbeitgebern mit der Durchföhrung der Ausfertigung der Arbeitsgerichte verweigert. Ihre Entschuldigungen sind abzuwarten. Da die Arbeitnehmer Schabernack verlangen, ist ja eine Klärung unüberwindlich. Ueber die Löhne selbst läßt sich von außen kaum ein Urteil fällen. Wichtig ist, daß die Entwicklung gerade in der Schwerindustrie etwas zurückgefallen ist, richtig auch, daß die Konjunktur dort ein lautes Aufblitzen zeigt. Dinge es nur um diese Fragen, so würde eine Vermittlung vermutlich erfolgreich sein. Aber im Hintergrunde liegt ja der Machtwillen der Arbeiter, die immer ihre Rechte rückföhrlich auszubehalten verübt haben. Auch auf Kosten der Staatsgewalt. Ihre Denkschrift an das Arbeitsministerium beweist das wieder. Verbindlichkeitsverfährungen sollen nur zulässig sein, wenn es sich um lebenswichtige Betriebe handelt. Wir sind der Auffassung, daß Stahl und Eisen dazu gehören. Ohne sie kann die Eisenbahn, die Post nicht weiter arbeiten. Die Bautätigkeit kommt zum Erliegen. Die Kohlengruben müssen eine Einschränkung der Erzeugung vornehmen. Wenn man von Lebensmitteln, Gas, Wasser und Elektrizität abläßt, läßt auf seinen Verfall der Begriff lebenswichtig so sehr zu wie auf diesen. Die Sympathien der Nation liegen zweifellos auf seiten der Ausgesperrten. Wo man das Problem etwas anders sieht und von der eigenen Konjunktur aus eine Erhöhung des Wettbewerbs auf internationalen Märkten von einer Erhöhung der Löhne befürchtet, übersteht man eines: daß sich der Staat seine Minderung seiner Macht bieten lassen kann, ohne das Ganze zu gefährden.



Die Entscheidung über die Biersteuer

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Nach einundzwanzig Jahren kommt jetzt endlich die Angelegenheit zur Entscheidung, die in den politischen Erörterungen bisher eine große Rolle gespielt hat und die von Bedeutung für die künftige Gestaltung des Finanzwesens ist. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wird am 17. November unter dem Vorsitz des Reichsarbeitspräsidenten Dr. Walter Simons zusammenzutreten, das Urteil über die Biersteuer zu fällen. Es handelt sich darum, daß Preußen behauptet, die Veränderung der Biersteuergemeinschaft sei verfassungswidrig, während das Reich sich auf die Verfassung beruft, die die Biersteuer zu fällen. Durch die Veränderung dieses Gesetzes ist im Oktober, Bayern und Baden gegen den preussischen Einspruch eine höhere Quote der Biersteuer zuerkannt worden.